

**AMNESTY INTERNATIONAL
NETZWERK ARBEIT, WIRTSCHAFT
UND SOZIALE RECHTE**

<http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>

AKTIONEN ZUM 1. MAI 2014



MODERNE SKLAVEREI

**AUSBEUTUNG, DISKRIMINIERUNG UND
VERFOLGUNG VON ARBEITNEHMER_INNEN
UND ARBEITSRECHTSAKTIVIST_INNEN**



**AMNESTY
INTERNATIONAL**





Editorial

Über eine Million Menschen, vor allem aus Asien, arbeiten in Katar. Die Gastarbeiter_innen sind im Baugewerbe und als Hausangestellte beschäftigt. Sie werden ausgebeutet, benutzt und misshandelt.

Aktionspaket zum 1. Mai. Die Situation von Migrant_innen zieht sich durch unsere Arbeit als Amnesty-Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte und findet sich auch in dem diesjährigen Aktionspaket zum 1. Mai.

Helfen Sie mit. Wir laden Sie ein, die Regierungen an deren Verantwortung zu erinnern, sich für den Respekt der Rechte aller Menschen in ihrem Land einzusetzen. Dieses Aktionspaket enthält englische Appellbriefe (außer für Österreich) und Hinweise auf Online-Aktionen. Unterschreiben Sie bitte die Briefe und senden Sie diese an die Behörden.

Deutschsprachige Briefe finden Sie gemeinsam mit dem Aktionspaket auf unserer Website zum Download.

Wir danken für Ihren Einsatz!

Das Team des Netzwerks Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte

KATAR: „BEHANDELT UNS WIE MENSCHEN!“

Über 1,4 Millionen ausländische Arbeitskräfte (94 Prozent aller Arbeitnehmer_innen im Land) arbeiten in Katar, dem reichsten Land der Welt. Die ausländischen Arbeitnehmer_innen stammen vor allem aus Asien und wurden oft über Rekrutierungsagenturen – häufig unter falschen Versprechungen – angeworben.

Die ausländischen Arbeitskräfte arbeiten insbesondere als Hausangestellte und im Baugewerbe, denn Katar erlebt in Vorbereitung auf den World Cup 2022 einen Bauboom.

Gefangen in Katar

Kernstück der arbeits- und fremdenrechtlichen Regelungen und Praktiken in Katar ist das „Sponsorship“-System: Jede_r Migrant_in benötigt einen „Sponsor“: Dies ist üblicherweise der Arbeitgeber, sei es eine Firma oder eine Privatperson im Falle von Hausangestellten.

Migrant_innen müssen die Genehmigung des „Sponsors“ für einen Jobwechsel einholen. Falls Migrant_innen ohne Erlaubnis des „Sponsors“ den Arbeitsplatz verlassen, gelten sie als „Geflohene“. Die „Sponsoren“ sind verpflichtet, die „geflohenen“ Migrant_innen einer eigens dafür eingerichteten Abteilung des Innenministeriums zu melden. „Geflohene“ Migrant_innen riskieren Haft und Abschiebung.

Für die Ausreise müssen die Migrant_innen ebenfalls die Genehmigung des „Sponsors“ einholen. In der Praxis verweigern Arbeitgeber häufig den Migrant_innen die Genehmigung zum Arbeitsplatzwechsel und zur Ausreise. Da den Migrant_innen meist nach ihrer Einreise der Pass abgenommen wurde, sind sie somit im Wüstenstaat gefangen.

Die Arbeitgeber kümmern sich nicht um die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung der Migrant_innen. Vor ihrer Ausreise müssen die Migrant_innen Geldstrafen für die abgelaufene Genehmigung zahlen, ansonsten dürfen sie das Land nicht verlassen.

Miserable Arbeits- und Lebensbedingungen

Die Ausbeutung der Migrant_innen ist unvorstellbar: lange Arbeitszeiten, kaum oder keine freien Tage, kein Urlaub, niedrigerer Lohn als versprochen, der oft monatelang nicht ausbezahlt wird. Demütigungen und Schikanen kommen hinzu, auch sexuelle Gewalt, vor allem bei Hausangestellten. Frauen, die Vergewaltigungen anzeigen, riskieren, wegen „unerlaubter Beziehungen“ angeklagt zu werden und ins Gefängnis zu wandern.

Migrant_innen dürfen keine Gewerkschaften gründen oder diesen beitreten. Bestimmte Gruppen von Arbeitnehmer_innen, zum Beispiel Hausangestellte, sind vom Arbeitsgesetz ausgeschlossen.

Amnesty-Kampagne

Amnesty International führt eine Kampagne für die Verbesserung der Situation der Migrant_innen in Katar durch. Am 1. Mai 2014 wird mit der Übergabe einer Petition an die Regierung in Katar eine erste Kampagnenphase abgeschlossen. Die nächsten Aktionen folgen. Schauen Sie auf unsere Website: gewerkschafterInnen.amnesty.at.

Impressum:

Amnesty International Österreich
Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte
c/o Moeringgasse 10/1, A 1150 Wien
E-Mail: gewerkschafterInnen@amnesty.at
© Fotos: Amnesty International
Eigene Herstellung, April 2014

Mexiko: Migrant_innen im Visier

Migrant_innen ohne regulären Aufenthaltsstatus im nordmexikanischen Bundesstaat Tamaulipas droht die Verschleppung durch kriminelle Banden.

Im März 2014 wurden zehn guatemalteckische Migrant_innen in der Nähe der von der katholischen Kirche betriebenen Migrant_innenunterkunft Albergue Nuestra Señora de Guadalupe in Reynosa verschleppt. Eine Gruppe Bewaffneter hielt sie an und zwang sie, in drei Pickups einzusteigen. Ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt. Obwohl die Verschleppung angezeigt wurde, wurden keine Ermittlungen eingeleitet.



Bei einem weiteren Vorfall verschleppte eine Gruppe Männer drei Mexikanerinnen, die aus den USA

abgeschoben worden waren, in der Nähe der Grenze, als sie in einem Western-Union-Büro auf eine Geldanweisung warteten. Eine vierte Frau konnte flüchten.

Lokale Nichtregierungsorganisationen beobachten, dass an der Grenze zu den USA kriminelle Banden zunehmend gegen Migrant_innen vorgehen und schwere Menschenrechtsverletzungen verüben. Dies geschieht häufig im Einvernehmen mit korrupten Beamt_innen. Die Migrant_innen werden zu Opfern von Entführung, Erpressung, Vergewaltigung oder des Menschenhandels.

Helfen Sie mit. Fordern Sie eine unverzügliche Untersuchung über den Verbleib der verschleppten Migrant_innen. Ein Appellbrief liegt bei.

Europa: Festung Europa

Mit der Kampagne S.O.S. Europa setzt sich Amnesty International dafür ein, die Katastrophe an den Außengrenzen der Europäischen Union (EU) zu beenden.

In den letzten Jahren wurde die EU regelrecht zu einer Festung. Es gibt für Flüchtlinge kaum noch Möglichkeiten, auf legalem Weg in die EU zu gelangen. Die Routen, welche die Menschen wählen müssen, werden immer gefährlicher.

Seit 2011 sind mindestens 2.600 Menschen beim Versuch, in die EU zu gelangen, ums Leben gekommen. Viele sind im Mittelmeer ertrunken.



Bei ihrem Gipfeltreffen am 26. und 27. Juni 2014 werden die Staats- und Regierungschef_innen der EU-Mitgliedstaaten ein Dokument verabschiedet, in dem die Richtlinien der Migrations-, Asyl- und Grenzpolitik der EU der nächsten Jahre festgelegt werden.

Bundeskanzler Werner Faymann wird Österreich bei diesem Gipfeltreffen vertreten.

Senden Sie ein S.O.S. Fordern Sie, dass er sich für eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik einsetzt. Ein Appellbrief liegt bei.

Nachruf auf Irene Fernandez, Aktivistin in Malaysia

Amnesty International würdigt das Lebenswerk von Irene Fernandez, einer international anerkannten Menschenrechtsverteidigerin in Malaysia, die am 31. März 2014 im Alter von 67 Jahren an Herzversagen starb.

Irene Fernandez war Gründerin und Direktorin der NGO Tenaganita, die sich für Migrant_innen, Flüchtlinge, Asylsuchende, Opfer/Überlebende von Menschenhandel und Ausbeutung einsetzte. Nachdem sie die entsetzlichen Lebensbedingungen von Migrant_innen in staatlichen Internierungslagern öffentlich gemacht hatte, wurde sie 1996 verhaftet und 2003 wegen „böswilliger Verbreitung falscher Informationen“ zu einem Jahr Haft verurteilt. Jahrelang musste sie für ihren Freispruch kämpfen. In den letzten Jahren setzte sich Irene Fernandez vor allem für die Rechte von migrantischen Hausangestellten in Malaysia ein.

2005 erhielt Irene Fernandez den Alternativen Nobelpreis.



Die Mitarbeiter_innen des Netzwerks Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte, die über die Jahre hinweg das Engagement Irene Fernandez begleitet hatten, trauern um die mutige Aktivistin.

AKTIONEN ZUM 1. MAI

Anlässlich des Tages der Arbeit bitten wir Sie, an Appellaktionen zugunsten verhafteter und bedrohter Gewerkschafter_innen und Arbeitnehmer_innen teilzunehmen. Appellbriefe liegen bei; im Fall von Hongkong ersuchen wir Sie, eine Online-Petition zu unterzeichnen.

HONGKONG: SKRUPELLOSE AGENTUREN

HAUSARBEITERINNEN AUSGEBEUTET

Frauen aus Indonesien, die als Hausarbeiterinnen nach Hongkong kommen, werden von skrupellosen Agenturen und Arbeitgeber_innen ausgebeutet. Sie werden über Arbeit und Lohn belogen, müssen gesetzlich verbotene Gebühren leisten und werden unter dem Mindestlohn bezahlt. Der Pass wird ihnen abgenommen.



Rechtslos ausgeliefert

Hongkongs Gesetze regeln, dass Hausarbeiterinnen ausreisen müssen, wenn sie nach Verlust des Arbeitsplatzes nicht binnen zwei Wochen eine neue Arbeit finden. Hausarbeiterinnen, die vor dem Arbeitgeber flüchten, kehren daher in ihr Heimatland zurück, statt die ausstehenden Löhne einzufordern oder die Misshandlungen vor Gericht zu bringen.

Appellieren Sie an die Regierung von Hongkong:

<https://www.amnesty.org.hk/web/index.php/migrantrightsnow/?lang=en>

GRIECHENLAND: SÄUREATTACKE

KONSTANTINA KOUNEVA

2008 fiel Konstantina Kouneva in Athen einem Säureüberfall zum Opfer. Sie erlitt lebensgefährliche Verletzungen.



Gewerkschaft der Reinigungskräfte

Konstantina Kouneva, Geschichtslehrerin aus Bulgarien, arbeitete in Griechenland als Reinigungskraft. Mit der Attica-Gewerkschaft der Reinigungskräfte kämpfte sie für bessere Arbeitsbedingungen in Reinigungsfirmen.

Mehrmals drohten die Ermittlungen eingestellt zu werden. Dank des internationalen Drucks konnte dies vorläufig verhindert sowie eine Ausweitung der Untersuchungen auf die Situation bei den Reinigungsfirmen erreicht werden. 2013 verurteilte ein Gericht die Reinigungsfirma zur Zahlung einer Entschädigung für Konstantina Kouneva.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Ermittlungen tatsächlich weitergeführt werden.

KOLUMBIEN: MORDDROHUNGEN

KLEINBÄUER_INNEN MIT DEM TODE BEDROHT

Juan Martínez, ein führendes Mitglied der Vereinigung der Landarbeiterinnen und -arbeiter (Asociación de Trabajadores del Campo, ASOTRACAMPO), erhielt am 25. März 2014 Morddrohungen. Drei Tage zuvor wurde das Auto, in dem er mit anderen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern unterwegs war, angehalten, und die Insassen wurden bedroht und misshandelt.

Paramilitärs unterstützen Geschäftsinteressen

ASOTRACAMPO vertritt die Interessen einiger der Familien, die auf dem Gelände der Farm El Tamarindo leben. Die Farm wird seit 2001 von rund 130 Familien, die im Verlauf des bewaffneten Konfliktes vertrieben worden waren, friedlich besetzt. Sie wurden über die Jahre hinweg von Paramilitärs bedroht. Der Sohn eines führenden Mitglieds von ASOTRACAMPO war 2013 im Schlaf ermordet worden.

Fordern Sie Schutz für die Familien und Unterstützer_innen von El Tamarindo!

SIMBABWE: FÜR BESSERE LEBENSBEDINGUNGEN

WOZA-AKTIVIST_INNEN

Seit 2003 gehen die Aktivistinnen von WOZA (Women of Zimbabwe Arise) auf die Straße, um friedlich gegen die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen und Verletzung der Menschenrechte in Simbabwe zu protestieren.



Immer wieder werden sie verhaftet und gemeinsam mit ihren Kleinkindern und Babies in überfüllten Zellen gefangen gehalten.

Beleidigt, bedroht und verhaftet

Regelmäßig passiert dies bei ihren Valentinstagskundgebungen – so auch wieder am 14. Februar 2014. Rund 180 WOZA-Aktivist_innen wurden verhaftet und mehrere Stunden lang festgehalten.

Fordern Sie, dass sich die Aktivist_innen ohne Schikanen engagieren können.